

BILDUNGSKURIER

MAGAZIN DER LANDESBILDUNGSORGANISATION DER SPÖ OÖ • NR. 2 • 68. Jg, JUNI 2017

SPÖ OÖ-Info-Nr. 2/2017 • GZ 02Z032837 M • P.b.b. • Erscheinungsort Linz • SPÖ OÖ, 4020 Linz, Landstraße 36/1



Ein eigener Swimming-Pool wäre ein Anfang.*

**Die HYPO Wohubau-Finanzierung erfüllt Wohnträume. Mit Top-Konditionen, Beratung und Fördermöglichkeiten.*

HYPO
OBERÖSTERREICH

  www.hypo.at vertrieb@hypo-ooe.at Tel. 0732 / 76 39-54452

Wir schaffen mehr Wert.

WIR SIND
da, wo Sie
DAHEIM
sind.

SEIT 125 JAHREN

Leo Jindrak
Konditormeister
Linz

Spezialitäten aus der Region. Mein
Erdgas von der Energie AG.

Regionale Partnerschaft lohnt sich. So wie die Konditorei Jindrak mit heimischen Spezialitäten Erfolg hat, setzt auch die Energie AG auf regionale Stärke. Als verlässlicher, heimischer Partner versorgen wir die Oberösterreicher nicht nur mit Strom, sondern auch mit Erdgas. Mehr darüber erfahren Sie unter www.energieag.at

ENERGIEAG
Oberösterreich

Wir denken an morgen

 [.com/wirdenkenanmorgen](https://www.facebook.com/wirdenkenanmorgen)

Neu-Wahl

BERND DOBESBERGER • CHEFREDAKTEUR



Zumindest in den letzten 30 Jahren ist uns das noch nie passiert: Der Redaktionsschluss einer Bildungskurier-Ausgabe stand unmittelbar vor der Tür, das Schwerpunktthema dieser Ausgabe 2/2017 sollte das neue Parteiprogramm der SPÖ sein. Die Autoren und Autorinnen arbeiteten an ihren Beiträgen und auch sonst lief alles nach Plan. Dann trat Vizekanzler Mitterlehner zurück und der neue ÖVP-Wunderwuzzi Sebastian Kurz rief praktisch Neuwahlen aus und die Koalition war geplatzt. Und die Parteiprogrammdiskussion in der SPÖ wurde zwar nicht abgesagt, aber auf nach den Wahlen verschoben.

Wir haben versucht der neuen Situation Rechnung zu tragen und haben den Heftschwerpunkt auf die bevorstehende Wahlauseinandersetzung verändert. Wir haben wieder Themen überlegt und dafür Autor/innen gesucht und (mit leichter Verspätung) ein völlig neues Heft produziert.

Die kommende Nationalratswahl wird eine entscheidende Weichenstellung mit sich bringen. Die Volkspartei hofft mit Kurz, verlorengegangene Unterstützer wieder ansprechen zu können und forciert in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen einen neoliberalen Kurs, bei gesellschaftspolitischen Themen wird ein konservativer Weg eingeschlagen und migrationspolitisch eine heftig restriktive Politik verfolgt. Die Freiheitlichen unter Strache wiederum wollen ihre Position ausbauen, und sie wollen in die Regierung. Die SPÖ wiederum steht vor der Herausforderung, glaubhaft mehrheitsfähige Positionen entwickeln und vertreten zu müssen. Eine tragfähige Regierungsperspektive muss auch noch gefunden werden.

Ausreichend Fragen für mindestens einen Bildungskurier!

Inhalt

- 4 Interview** mit dem Spitzenkandidaten der SPÖ OÖ für die Nationalratswahl Alois Stöger.

- 6 Großwetterlage:** Bernd Dobsberger wirft einen Blick über die Grenzen und zieht seine Schlüsse.

- 8 Arbeit ist „mehr“ Wert** und gibt dem Leben Sinn, argumentiert NR Markus Vogl.

- 9 Investitionen in kommunale Projekte** fördern das Wirtschaftswachstum. Manuel Kreuzer (GVV) begrüßt diese Initiative.

- 10 Wahlkampf in Oberösterreich** ist für Birgit Gerstorfer die Chance, ihre Argumente unter die Leute zu bringen.

- 12 Frauenvolksbegehren 2.0** – die Forderungen sind wichtiger und aktueller denn je, weiß Sabine Promberger.

- 13 Landesbildungskonferenz** – ein Fotorückblick.

Foto Titelseite: Über 90 KommunalpolitikerInnen der SPÖ OÖ bildeten im Mai ein großes A - für Plan A und für die Kampagne Arbeit.



4



9



10



13

ÖVP und FPÖ heißt mehr Armut, Arbeitslose und soziale Spaltung

Bildungskurier: Die ÖVP unter Sebastian Kurz hat die Koalition beendet. Am 15. Oktober gibt es Neuwahlen. Was hat für dich bis dahin politische Priorität?

Alois Stöger: Jetzt geht es darum, die Projekte, die wir im Jänner im Regierungsprogramm beschlossen haben, tatsächlich auf den Weg zu bringen und rasch umzusetzen. Dazu gehört die Aktion 20.000 für ältere Langzeitarbeitslose. Dazu gehört auch der Beschäftigungsbonus, der den Arbeitsmarkt deutlich entlasten wird.

Und es geht darum, dass wir die Qualität der Pflege sicherstellen und darauf aufpassen, dass Pflege nicht von der Größe der eigenen Brieftasche abhängt, sondern für alle leistbar bleibt. Deshalb fordern wir eine Erhöhung des Pflegegeldes und die Abschaffung des Eigenregresses, der in vielen Fällen eine 100-prozentige Erbschaftsteuer ist.

Bildungskurier: Was unterscheidet diesen Wahlgang von den bisherigen?

Alois Stöger: Diesmal geht es um die Frage, ob wir ein Österreich bekommen, in dem Politik für die meisten gemacht wird. Oder ob wir ein Österreich bekommen, in dem Politik für die Reichsten gemacht wird. Wir haben auf der einen Seite eine ÖVP, die sich als neu verkauft, sich aber altbekannter Ideen bedient: die Idee des Kapitalismus alter Schule, die Idee von Privat statt Staat, die Idee des Zurückdrängens der sozialen Sicherheit. Und das alles zugunsten privater Konzerne – auf Kosten der meisten Menschen.

Die Kurz-ÖVP hat durch ihre Aufkündigung der Koalition auch verhindert, dass wichtige Maßnahmen für die Menschen Realität werden. Weil sie das nicht wollen.

Bildungskurier: Zum Beispiel?

Alois Stöger: Zum Beispiel die Einführung des Mindestlohns, von dem hunderttausende Menschen in Österreich profitieren würden. Ich finde: Wer in Österreich arbeitet, muss auch davon leben können. Deshalb brauchen wir einen Mindestlohn von 1.500 Euro für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Vollzeit arbeiten. Dort, wo das noch nicht der Fall ist, müssen die Löhne zumindest auf dieses Niveau angehoben werden. Damit wird für rund 300.000 Menschen, 200.000 davon Frauen, eine konkrete Verbesserung der Einkommenssituation erreicht.

Die Sozialpartner haben diese Herausforderung schnell und konsequent aufgegriffen. Durch den Druck der SPÖ ist in den Kollektivvertragsverhandlungen im Frühjahr erreicht worden, dass 50.000 Beschäftigte nicht mehr weniger als 1.500 brutto im Monat verdienen. Das muss die Untergrenze sein. Und ich unterstütze die Gewerkschaft bei ihrer Forderung nach einem Mindestlohn von 1.700 Euro. Damit stehen wir auf der Seite der Menschen, die jeden Tag hart arbeiten und es sich nicht richten können.

Bildungskurier: Was will die Kurz-ÖVP?

Alois Stöger: Der neue ÖVP-Bundesparteiobmann hat bisher wenig gesagt, weil er die sachliche Auseinandersetzung scheut. Seine Aussagen in den letzten Jahren verheißten der arbeitenden Bevölkerung aber nichts Gutes. Er hat eine Agenda, die heißt „Alles soll durch den Markt geregelt werden.“ Außer der Landwirtschaft natürlich, denn das ist der einzige Sektor, der laut ÖVP staatlich subventioniert werden soll.

IM INTERVIEW



Alois Stöger

ist Mitglied der österreichischen Bundesregierung als Minister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. Er tritt am 15. Oktober 2017 als Nationalrats-Spitzenkandidat für die SPÖ Oberösterreich an.

Bildungskurier: War die Verzögerungstaktik bei sozialen Projekten wie der Aktion 20.000 also nur ein Vorgeschmack?

Alois Stöger: Mein Zugang ist: Wenn der Markt versagt, und das tut er bei den langzeitarbeitslosen Menschen über 50 Jahren, dann muss der Staat einspringen. Es kann nicht sein, dass die Arbeitslosigkeit in allen Altersgruppen und in allen Bundesländern sinkt, aber die Generation 50+ davon nicht profitieren kann. Darum haben wir uns konsequent für die Aktion 20.000 eingesetzt. 20.000 Frauen und Männer, die jahrelang Bewerbungen abgeschickt haben, aber nicht einmal Antworten bekommen haben, erhalten jetzt endlich

wieder Beschäftigung mit Sinn und eine neue Lebensperspektive. Die ÖVP und die FPÖ sind immer noch dagegen.

Bildungskurier: Was würde eine schwarzblaue Regierung tun?

Alois Stöger: ÖVP-Finanzminister Schelling hat ja schon eine Studie in Auftrag gegeben, die das sehr deutlich aufzeigt. Die Studie hat untersucht, welche Auswirkungen die Einführung des deutschen Hartz IV-Systems in Österreich hätte. Das Ergebnis ist erschreckend: Hartz IV in Österreich bedeutet 160.000 armutsgefährdete Menschen mehr. Menschen in die Armut zu treiben, hat aber nichts mit verantwortungsvoller Sozial- und Wirtschaftspolitik zu tun.

Im Gegenteil: Ich möchte gegen Langzeitarbeitslosigkeit vorgehen und nicht

Menschen, die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, bestrafen. Aber genau das wäre der Fall. Hartz IV bedeutet Menschen das gesamte Ersparte, das Haus und die Eigentumswohnung, das Auto und den Bausparer wegzunehmen. Das werde ich nicht zulassen. Menschen, die ihr ganzes Leben gearbeitet haben und verzweifelt einen Job suchen, haben sich das nicht verdient.

Bildungskurier: Würdest du diese Wahl als Schicksalswahl bezeichnen?

Alois Stöger: Ich bin kein Freund pathetischer Worte. Aber schauen wir uns die Ausgangslage ganz nüchtern an: Wir haben eine ÖVP, die voll auf Wirtschaftsliberalismus setzt und unsere sozialen Errungenschaften abbauen will. Und wir haben eine FPÖ, die die Armen gegen die

Ärmsten ausspielt. Wir haben einen ÖVP-Innenminister, der einen Polizeistaat will und wir haben einen FPÖ-Chef, der sagt „halt, das war ja meine Forderung“. Das alles geht auf Kosten der Ärmsten und auf Kosten des sozialen Friedens im Land. Und wir haben ein Wahlverhalten, das so unberechenbar ist, wie nie zuvor. Siehe Trump in den USA oder der Brexit in Großbritannien.

Nur, wenn die SPÖ so gestärkt wird, dass sie den Anspruch auf den Bundeskanzler stellen kann, nur wenn Christian Kern als stärkster aus dieser Wahl herausgeht, nur dann können wir die Politik für die vielen fortsetzen. Ansonsten kommt für fünf Jahre eine Politik für die wenigen – und das sind sicher nicht die Ärmsten oder die Mittelschicht.



Das neoliberale Politikverständnis nimmt Arbeitslosigkeit und Entwürdigung von Menschen bewusst in Kauf. Sozialminister Alois Stöger stemmt sich vehement gegen diese ÖVP/FPÖ-Vorstellungen.

Großwetterlage

Am 15. Oktober 2017 finden die 22. Nationalratswahlen der 2. Republik statt. Daher könnte man meinen: Alles Routine, alles normal! - Falsch!

BERND DOBESBERGER

Hier nur zwei – bekannte – Beispiele, um Überraschungen und Umbrüche in Erinnerung zu rufen. Vor etwas mehr als einem Jahr stimmten die Briten und Britinnen für den Brexit, alle Meinungsforscher sagten vor dem Wahlgang einen Sieg für die EU-Befürworter/innen voraus. Bei der Präsidenten- und bei der folgenden Parlamentswahl in Frankreich siegte mit Emmanuel Macron ein Kandidat, der für keine der etablierten Parteien angetreten ist und seine neugegründete Liste ist auf dem Weg zu einer absoluten Mehrheit in der Nationalversammlung.

Die politischen Bindungen der Wähler und Wählerinnen, die über Jahrzehnte die politische Szene sehr berechenbar gemacht haben, sind weitgehend verschwunden. Und nicht nur die Bindungen an die Parteien sind geschwunden, die Loyalität zum politischen System insgesamt ist massiv geschwächt. Loyalität meint hier, dass das dominierende politische Gefüge (Strukturen, Parteien, Personen und politische Handlungen) anerkannt wird. Um das deutlich zu ma-

chen, soll das Ergebnis der französischen Präsidentschaftswahlen näher betrachtet werden. Im zweiten Wahlgang gab es mit Emmanuel Macron und Marie Le Pen nur noch Kandidat/innen, die nicht aus den etablierten Parteien kamen. Und Macron feierte einen überraschend deutlichen Wahlsieg, er erreichte 66% der abgegebenen gültigen Stimmen. Nimmt man aber als Ausgangsbasis alle Wahlberechtigten her, dann ist ein Viertel von diesen nicht zur Wahl gegangen, weitere neun Prozent haben ungültig gewählt und das bedeutet, dass nur zwei Drittel der Wahlberechtigten eine gültige Stimme abgegeben haben. Macron wurde also von bloß 44% der Wahlberechtigten gewählt – 56% der Franzosen und der Französinen haben gegen ihn gestimmt bzw. haben ihn zumindest nicht unterstützt. Ein wirklich starker Rückhalt in der Gesamtbevölkerung schaut anders aus.

Die Distanzierung vieler Wähler und Wählerinnen bei Wahlen in Europa trifft tendenziell die sozialdemokratischen Parteien stärker als die Konservativen. Das hat einerseits mit der historischen

DER AUTOR:

Bernd Dobesberger ist Landesbildungsvorsitzender der SPÖ OÖ und Chefredakteur des Bildungskurier.



Rolle dieser Parteien zu tun, aber auch mit enttäuschten Erwartungen an deren Politik. Gerade in Oberösterreich haben wir diese Tendenz in den letzten Jahren selbst erlebt und erlitten. Die Niederlande zeigen, dass das noch viel drastischer passieren kann. Die traditionsreiche „Partij van de Arbeid“ – die vor 30 Jahren noch ein Drittel der Stimmen erhielt und 2012 fast ein Viertel der Mandate bekam – fiel auf 5,7% der abgegebenen, gültigen Stimmen zurück. Aber nicht nur „die Wähler und Wählerinnen“ misstrauen diesen Parteien, auch die Mitglieder sozialdemokratischer Parteien misstrauen ihren führenden Funktionärskadern. Die Mitglieder der spanischen Sozialisten wählten gerade Pedro Sánchez wieder zum Generalsekretär, was von den führenden Parteizirkeln nicht gewollt wurde. Die französischen Sozialist/innen bestimmten in einer Urabstimmung einen Kandidaten (der dann fürchterlich scheiterte) für die Präsidentschaftswahl, den das Parteiestablishment nicht wollte. Und schlussendlich ist Jeremy Corbyn zweimal gegen den deklarierten Willen der großen Mehrheit in seiner Parlamentsfraktion von den Parteimitgliedern zum Parteivorsitzenden gewählt worden. Offensichtlich wird das in den letzten zwei, drei Jahrzehnten übliche Politikmodell der europäischen Sozialdemokratien massiv angezweifelt: von den Mitgliedern, aber natürlich insbesondere von Wählern und Wählerinnen. „Weiter so!“ ist also die falsche Losung.



Emanuelle Macron und Jeremy Corbyn sind Beispiele für die sich rasant verändernden Strukturen und Loyalitäten im politischen System.

Wie ist die Ausgangslage in Österreich vier Monate vor der vorgezogenen Nationalratswahl einzuschätzen? Die Volkspartei versucht nun personell, strukturell und politisch in die Offensive zu kommen. Nicht die inhaltliche Debatte und die darauf folgende Entscheidung über die politische Ausrichtung sollen Wahlerfolge sichern, sondern der neue Parteiführer. Darum haben wir mit Kurz nun auch einen politischen Helden, der möglichst wenige politische Aussagen macht. Das, was die neue Volkspartei, die nach eigenen Ansagen eigentlich eine neue politische Bewegung sein soll und keine übliche Partei mehr, bisher an politischen Festlegungen erkennen lässt, geht in folgende Stoßrichtungen: Gesellschaftspolitisch bleibt die „Liste Kurz“ stockkonservativ, wirtschafts- und sozialpolitisch verfolgt die Kurz-ÖVP einen deutlich neoliberaleren Kurs als große Teile der traditionellen Volkspartei. Und der dritte inhaltliche Schwerpunkt heißt massive Maßnahmen gegen Menschen auf der Flucht und gegen Migranten und Migrantinnen. Die politische Richtung

der „neuen“ Volkspartei passt hervorragend zur FPÖ, als Angebot an deren Wähler/innen (der junge Kurz statt des alten Strache), und es ist dann auch ein Koalitionsangebot an eine FPÖ.

Was kann, was soll die Sozialdemokratie in dieser Wahlauseinandersetzung deutlich machen? Die britische Labour Party hat unter dem (angeblich) unwählbaren Jeremy Corbyn mit ihrer Kampagne „For the many, not for the few!“ ein überraschend gutes Wahlergebnis erreicht. Also für die Vielen und nicht für die kleine Minderheit der Wohlhabenden soll Politik gemacht werden. Christian Kerns wiederholte Ansage, dass die SPÖ für 95% der Bevölkerung Politik machen will, aber eben nicht für die oberen 5%, weist bereits in diese Richtung. Ein derartiger Politikansatz bedeutet auch einen Bruch mit den dominierenden neoliberalen Politikmustern, weil eben die reichsten fünf Prozent der Bevölkerung nicht im Fokus des politischen Handelns stehen. Und es braucht klare und ehrliche Signale, dass es der Sozial-

demokratie nicht um Machterhalt, also Regierungsbeteiligung, um jeden Preis geht. Einerseits haben die Wähler und Wählerinnen das satt und andererseits führt das zu politischer Beliebigkeit, die eindeutig schwächt. Jetzt zu sagen, mit der ÖVP wollen wir nicht mehr, ab jetzt regieren wir einfach mit den Freiheitlichen, das hilft im anstehenden Wahlkampf nicht. Wie eine Koalition mit den Freiheitlichen politisch funktionieren soll, hat noch niemand schlüssig beantworten können. Die FPÖ steht für Ablehnung von Vermögenssteuern, für Zerschlagung der Arbeiterkammern, sie ist gegen die Gesamtschule und gegen die vorschulischen Bildungseinrichtungen für alle Kinder und für die Absenkung der Mindestsicherung, sie ist gegen die Gleichberechtigung der Frauen und natürlich steht die FPÖ für Fremdenfeindlichkeit. Die SPÖ muss jetzt ihre Bemühungen für die Interessen der Vielen in den Mittelpunkt des Wahlkampfes stellen und danach auch entsprechend Politik machen und Mehrheiten gewinnen!

SPARKASSE 
Oberösterreich
Was zählt, sind die Menschen.

IMPULSGEBER.
FÜR UNS ZÄHLEN DIE REGION UND DIE
MENSCHEN, DIE HIER IHRE ZUKUNFT GESTALTEN.

Maximilian Pointner
Vorstandsdirektor

Herbert Walzhofer
Vorstandsdirektor

Dr. Michael Rockenschaub
Generaldirektor

Arbeit ist „mehr“ Wert

Sie gibt uns Einkommen, Sicherheit und Würde.

MARKUS VOGL

Wir arbeiten nicht nur für Geld. Arbeit gibt uns auch Selbstbewusstsein und Würde. Vielen Menschen fällt das erst auf, nachdem sie ihren Arbeitsplatz verloren haben oder Veränderungen ihres Arbeitsumfeldes erleben.

Ein fixer Arbeitsplatz gibt Sicherheit und planbares Einkommen. Wir leben aber in einer Zeit rasanter Veränderungen der Arbeitswelt. Geprägt auch davon, dass vieles schneller geht. Wer lange Zeit mit den gleichen Kolleginnen und Kollegen zusammenarbeitet, schafft sich ein soziales Umfeld, das einerseits das Arbeitsklima hebt und andererseits die Basis für Solidarität legt. In einer Arbeitswelt aus lauter Ich-AGs geht das Vertrauen und die Solidarität verloren.

Wo drückt der Schuh?

Zukunft muss gestaltet und nicht ertragen werden. Veränderung ist notwendig, darf aber nicht auf Kosten der Menschen gehen. Der technologische Fortschritt muss auch die Bedürfnisse

der davon Betroffenen berücksichtigen, und nicht umgekehrt.

Viele Menschen sind vom Tempo der technologischen Entwicklung überfordert. Sie fühlen sich allein gelassen und ihrer Sicherheit und Zukunft beraubt. Der Druck steigt, befristete oder freie Dienstverhältnisse anzunehmen, wobei diese in Österreich in den letzten Jahren stabil gehalten werden konnten. Zu Jahresbeginn hatten mehr als 300.000 Menschen in Österreich bei Vollzeitbeschäftigung ein Einkommen von weniger als 1.500 € brutto. So ist ein würdiges Leben kaum möglich. Bereiche, wie etwa die Post, wo es früher sichere Arbeitsbedingungen gab, sind heute oft schlecht bezahlt und prekär.

Was ist nicht zu tun?

Nicht nur die Reportagen von Günter Wallraff zeigen, dass der deutsche Weg der Arbeitsmarktliberalisierung der falsche war. Die „Reformen“ haben zwar einen Exportweltmeister geschaffen, aber auf Kosten der arbeitenden Menschen.

DER AUTOR:

Markus Vogl

ist Abgeordneter zum Nationalrat und Bezirksparteivorsitzender der SPÖ Steyr.



Millionen Deutsche können von Arbeitsplatzsicherheit, würdigem Einkommen und dem Gefühl in der Arbeit gebraucht zu werden nur träumen.

Die Erfahrungen aus Deutschland zeigen uns, dass die Entfesselung der Wirtschaft keine würdigen Arbeitsplätze, sondern tatsächlich „Scheißjobs“ schafft. Wir brauchen aktive Arbeitsmarktpolitik, der Staat darf sich nicht zurückziehen, sondern muss agieren – im Interesse der Menschen.

Die SPÖ ist der neoliberalen Verlockung nicht erlegen. Wir haben unsere Errungenschaften nicht geopfert, um - egal wie - Jobs zu schaffen. Durch flächendeckende Kollektivverträge können sich Unternehmen in Österreich nicht aussuchen, wie viel sie zahlen und zu welchen Bedingungen die Mitarbeiter arbeiten müssen. Viele sehen das als selbstverständlich an, wozu mehr als 100 Jahre Kampf notwendig waren.

Wie geht es weiter?

Am 15. Oktober geht es um eine Richtungsentscheidung. Wir kämpfen für den Ausbau und Erhalt unserer sozialen Standards, wozu auch das Recht von Arbeitsinspektoren gehört, die Arbeitsbedingungen zu überprüfen. Die Abschaffung der Arbeiterkammer und die Einführung von Hartz IV entrechtet die arbeitenden Menschen und kommt für uns nicht in Frage.

Widmen wir uns den Kernthemen und verhindern wir kurz gedachte Scheinlösungen, die nur den Reichen helfen und die Menschen auseinander dividieren.

Die Qualität von Arbeit wird in Oberösterreich von Landesparteivorsitzender Birgit Gerstorfer thematisiert.

Investitionsprämien für Gemeinden - 175 Millionen Euro bringen 8.500 Jobs

175 Millionen Euro für kommunale Bauinvestitionen für die Jahre 2017/2018, die gut 750 Millionen Euro an weiteren Investitionen auslösen und 8.500 neue Arbeitsplätze bringen – das sind die Eckpunkte des am 28. März 2017 im Ministerrat beschlossenen Kommunalinvestitionsgesetzes.

MANUEL KREUZER

Die Bedeutung von öffentlichen Investitionen für Wachstum und Arbeitsplätze stehen grundlegend außer Diskussion. Aus diesem Grund werden mit den Investitionsprämien für Gemeinden auf einfache und unbürokratische Art Anreize geschaffen, um im kommunalen Bereich aktiv Projekte und Investitionen anzukurbeln, welche in den jeweiligen Regionen den Wirtschafts- und Jobmotor ankurbeln. Hierbei wird tunlichst darauf geachtet, dass es zu keiner Bevorzugung von großen Gemeinden gegenüber kleineren Gemeinden kommt. Die jeweiligen Finanzmittel für die gewünschten Investitionen sind in eigenen Prämientöpfen eingeteilt und den Gemeinden zugeteilt.

Die Gemeinden können mit diesem Geld vor allem im Infrastrukturbereich Projekte angehen, die schon lange in der Schublade liegen. „In Bereichen der Verkehrssicherheit, der Schaffung von Freizeiteinrichtungen oder der Verbesserung der Qualität der Wasserversorgung sehe ich gute Möglichkeiten Vorhaben voranzubringen“, betont GVV OÖ Vorsitzender Bgm. Manfred Kalchmair. An Gemeinden werden aber auch im Bereich der Kinderbetreuung immer wieder neue Anforderungen gestellt. Auch hier sind die zusätzlichen Finanzmittel willkommen.

Unterstützt wird vom Sozialdemokratischen Gemeindevertreterverband Oberösterreich die Forderung der Gemeindeferentin LR Birgit Gerstorfer, dass der Zuschuss des Bundes auf keinen Fall zu einer Kürzung von Landesmitteln führen darf. „Die 175 Millionen an Bundesmitteln müssen zu 100% an die Gemeinde gehen. Sie dürfen nicht wieder über den Umweg der Anrechnung bei Landeszuschüssen das Budget des Lan-

des stützen“, stellt Kalchmair fest und zeigt sich optimistisch: „Für die oberösterreichischen Gemeinden bringt jeder zusätzliche Euro die Möglichkeit, die Lebensqualität der Menschen vor Ort zu verbessern. Außerdem wird der regionale Arbeitsmarkt unterstützt. Gemeinsam mit der Gemeindefinanzierung neu werden die Finanzen der Gemeinden endlich einmal entlastet.“

Wie Gemeinden an die Förderungen kommen

Anträge können zwischen 1. Juli 2017 und 30. Juni 2018 bei der Buchhaltungsagentur des Bundes eingereicht werden. Die Einhaltung der Förderkriterien wird durch den/die BürgermeisterIn bestätigt. Das Finanzministerium zahlt dann sofort aus, sodass möglichst 2017 noch Investitionen ausgelöst werden. Abgerechnet

DER AUTOR:

Manuel Kreuzer
ist GVV OÖ Landesgeschäftsführer und Gemeinderat.



wird nach Durchführung. Die technischen Details der Abwicklung werden mit Städte- und Gemeindebund erarbeitet. Die Zielsetzung hierfür ist ganz klar eine möglichst einfache und unbürokratische Antragstellung im Sinne der Gemeinden.

Investitionen in die Infrastrukturprojekte der Gemeinden fördern Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum.



Arbeitsmarkt hat Priorität

Der Koalitionsbruch der ÖVP hat noch dieses Jahr Neuwahlen notwendig gemacht. Am 15. Oktober ist es soweit, aber davor erwartet uns ein heißer politischer Sommer. Warum sich die SPÖ Landesparteivorsitzende auf die anstehende Wahlauseinandersetzung freut und was sie für die Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher mit der SPÖ erreichen will, haben wir Birgit Gerstorfer persönlich gefragt.

Bildungskurier: Hat dich der Koalitionsbruch der ÖVP überrascht?

Birgit Gerstorfer: Der Bruch kam wenig überraschend, der Zeitpunkt schon. Es hat sich bereits das ganze Jahr 2017 hindurch abgezeichnet, dass die sabotierenden Kräfte in der ÖVP stärker werden und die konstruktiven Partner rund um Reinhold Mitterlehner ins Hintertreffen geraten. Meine Meinung ist: Mit Österreich spielt man nicht. Schon gar nicht, wenn es um persönliche Eitelkeiten und Karrieren geht. Die ÖVP hat mittlerweile eine gewisse Routine darin, Neuwahlen vom Zaun zu brechen. Ich bin sicher, dass die meisten Österreicherinnen und Österreicher, so wie ich, ein solches Verhalten nicht gutheißen.

Bildungskurier: Wie geht es jetzt weiter bis zum 15. Oktober?

Birgit Gerstorfer: Bundespolitisch gibt es für mich eine klare Prioritätensetzung. Wir sehen seit einigen Monaten eine spürbare Erholung am Arbeitsmarkt. Die kommt nicht von ungefähr, sondern ist auf die gelungene Arbeitsmarktpolitik von Bundeskanzler Christian Kern und der Sozialdemokratie zurückzuführen. Dennoch handelt es sich bei diesem Aufschwung um ein zartes Pflänzchen. Wir müssen aufpassen, dass die ÖVP es nicht durch ihre Karriere- und Machtspiele zertrampelt. Daher gilt es die wichtigen arbeitsmarktpolitischen Projekte der Regierung noch vor den Wahlen umzusetzen. Der Arbeitsmarkt hat auch für mich in Oberösterreich höchste Priorität.

Bildungskurier: Was, wenn die ÖVP diese Projekte weiter hinauszögert. Bisher hat sie sich ja als alles andere als ein verlässlicher Partner präsentiert.

Birgit Gerstorfer: Ich halte viel von der besonnenen Art, mit der Bundeskanzler Christian Kern diese Herausforderung meistert. Er stellt die Verantwortung für das Land an erste Stelle. Ein chaotisches Halbjahr in der Politik bringt nur den Partei-Strategen etwas. Aber von diesen Politik-Planspielen hat keine Kassierin auch nur einen Euro mehr in der Tasche. Kein älterer Arbeitsloser hat einen Job gefunden. Die Sozialdemokratie hat Politik für diese Menschen zu machen und sich den realen Problemen, Herausforderungen, Hoffnungen und Ängsten anzunehmen. In der Regierungsarbeit heißt das, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Hand zur sachlichen Zusammenarbeit ausgestreckt halten werden. Aber das heißt nicht, dass wir sie nicht auch anderen Parteien reichen können, wenn die ÖVP die paktierten Projekte plötzlich nicht mehr mit uns umsetzen will.

Bildungskurier: Du hast die Supermarkt-Kassierin angesprochen. Wie schaut es eigentlich beim Mindestlohn aus?

Birgit Gerstorfer: Unsere Initiative für 1.500 Euro brutto hat Bewegung in die Sache gebracht. Ich denke beispielsweise an die Friseur/innen, wo ganz wesentliche Lohnfortschritte erzielt wurden. Dennoch haben wir noch einige Branchen vor uns.

IM INTERVIEW



Birgit Gerstorfer

Landesrätin und Landesparteivorsitzende der SPÖ OÖ. Bis 2016 Landesgeschäftsführerin des AMS OÖ.

Ich bin optimistisch, dass uns hier eine Einigung gelingt und werde auch im Landtag nicht locker lassen, dieses Thema voranzubringen.

Bildungskurier: Mit dem Mindestlohn und den Arbeitsmarktinitiativen, aber auch den Schwerpunkten in Forschung und Bildung, sind wichtige Punkte des Plan A abgearbeitet oder am Weg zur Umsetzung. Mit welchen Themen wirst du die oberösterreichische Landespartei in die Wahlauseinandersetzung führen?

Birgit Gerstorfer: Gerade in Oberösterreich gibt es so viele Dinge, die anzupa-

cken und zu thematisieren sind. Unter schwarz-blau geht einfach nichts weiter: 23% Gehaltsunterschiede zwischen Männern und Frauen, Stillstand bei der Kinderbetreuung, ein enormer Investitionsrückstau im Schulbau, explodierende Mietpreise, seit Jahren nur leere Ankündigungen bei der Digitalisierung, kein ernsthaftes Interesse für eine Aufgaben- und Verwaltungsreform in Oberösterreich, kein Wille die Städte und Gemeinden zu entlasten und damit für lebenswerte Regionen einzutreten, mangelhafte Unterstützung für Ein-Personen-Unternehmer/innen, ...die Liste ist wirklich lang. All diese Themen stehen für mich in einem engen Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt und damit, dass es die Aufgabe der Politik ist, für gute und würdige Arbeit einzutreten. Es gibt zahlreiche Themen, die wir mit Nachdruck

thematisieren wollen und wo wir darauf beharren werden, dass etwas weitergeht für die Menschen im Land. Ich freue mich bereits sehr auf die Wahlauseinandersetzung. Das gibt mir die Gelegenheit, mit vielen Menschen ins Gespräch zu kommen und zu diskutieren, was ich sehr gerne tue. Außerdem sind wir mit unserer derzeitigen Kampagne zur würdigen Arbeit und mit unserem Plan A für Oberösterreich bestens gerüstet.

Bildungskurier: Vielleicht kommt diese Frage noch etwas früh, aber es wäre natürlich interessant wie du zu zukünftigen Koalitionsvarianten auf Bundesebene stehst.

Birgit Gerstorfer: Die Frage kommt wirklich etwas früh, weil ich jetzt vor allem dazu stehe die SPÖ möglichst stark zu

machen. Das muss ein echtes Rot-Weiß-Rotes Bündes werden, damit es weiter gute Initiativen für Arbeit, Soziales und die Gesellschaft gibt. Die ÖVP hat mit ihrer Hartz-IV Studie ja bewiesen, wohin sie will. Ich will das Arbeitsangebot erhöhen und nicht den existenziellen Druck auf arbeitslose Menschen. Das Beispiel Deutschland zeigt uns, dass Hartz-IV die Bürgerinnen und Bürger nachweislich ärmer macht und die soziale Ungleichheit erhöht. Gleichzeitig hat sich das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland noch verschärft. Alleine dieses eine Beispiel zeigt ganz eindeutig, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die besseren Konzepte für die Zukunft unseres Landes haben. Über mögliche Koalitionsvarianten sollten meiner Meinung nach die SPÖ Mitglieder auf demokratischer Basis entscheiden.

Birgit Gerstorfer, SPÖ

wuerdige-arbeit.at

Lobbyistin für würdige Arbeit.

Reden wir
einmal über

würdige
Arbeit

für Oberösterreich

Tempo machen für berechtigte Anliegen mit dem neuen Frauenvolksbegehren!

20 Jahre nach dem ersten Frauenvolksbegehren soll es nun ein Neues geben. Das „Frauenvolksbegehren 2.0“ ist für 2018 geplant und bietet eine gute Gelegenheit, kurz innezuhalten, um den aktuellen Zustand der Frauenpolitik zu analysieren.

SABINE PROMBERGER

Es wurde in den letzten Jahren zweifellos viel erreicht, was dazu geführt hat, dass in breiten gesellschaftlichen Schichten die Meinung vorherrscht, es wäre ohnehin alles paktet. Die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit ist leider nach wie vor aktuell, klingt vielen Menschen aber als abgedroschen. Nicht nur das: Viele Frauen glauben, sie würden sich ihr Leben ohnehin selber richten können und bräuchten dazu nicht die Politik. Aber

nur so lange, bis sie eines Tages vielleicht draufkommen müssen, dass sie im Leben ohne gewisse frauenpolitische Errungenschaften doch schlechter dran wären. Etwa bei Diskriminierung, Scheidung, Jobverlust, wenn lebenslange Einkommensnachteile bis ins Pensionsalter mitgeschleppt wurden. Es ist aber Tatsache, dass die Frauen in Österreich von einer echten Gleichstellung nach wie vor weit entfernt sind.

Wenn sich Frauen aus unterschiedlichen politischen Lagern, von jung bis alt, zusammentun, um gläserne Decken, die es in vielen Bereichen nach wie vor gibt, zu durchbrechen, besteht eine reelle Chance, die Sache der Frauen damit wieder ein Stück weit voran zu bringen. Deshalb glaube ich, dass das neue Frauenvolksbegehren Schwung in die Debatte bringen wird.

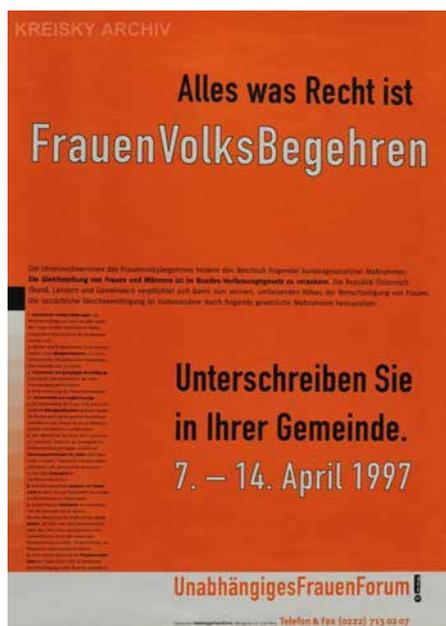
1.500 Euro Brutto Mindestlohn sind hoch an der Zeit, vor allem weil über 200.000 Frauen weniger für ihre Arbeitsleistung erhalten. Gerade in Branchen, in denen überdurchschnittlich viele Frauen beschäftigt sind, sind die Löhne oft sehr niedrig. Mehr Lohngerechtigkeit kann auch durch mehr Lohntransparenz erreicht werden. Noch immer verdienen Frauen 23% weniger als Männer. Wenn eine Frau weiß, wieviel ihr männlicher Kollege mit gleicher Ausbildung, Berufserfahrung und Tätigkeit verdient, hat sie



DIE AUTORIN:

Sabine Promberger ist Landtagsabgeordnete und Landesfrauenvorsitzende der SPÖ OÖ.

die besseren Argumente bei der Hand. Mehr Frauen in der Politik und in Führungspositionen. All das sind wesentliche Anliegen, die langjährigen Forderungen der SPÖ-Frauen entsprechen und immer konsequent vertreten wurden. Die partnerschaftliche Aufteilung der Erziehungs- und Familienarbeit ist ebenfalls ein wesentliches Anliegen. Mit dem Rechtsanspruch auf einen kostenlosen Kinderbetreuungsplatz könnten Eltern Beruf und Familie besser vereinbaren und allen Kindern wäre damit wichtige elementarpädagogische Bildung sicher. Es muss nicht zwangsläufig so sein, dass Frauen den Großteil der unbezahlten Arbeit erledigen oder nur sie es sind, die Teilzeit arbeiten. Es ist notwendig, überholte, konservative Rollenbilder aufzubrechen. Auch wenn vieles schon erreicht wurde, mit dem neuen Frauenvolksbegehren wird es gelingen, die Öffentlichkeit zu sensibilisieren, mehr Bewusstsein zu schaffen und Tempo zu machen für die berechtigten Anliegen der Frauen.



Das Frauenvolksbegehren – heute noch genauso wichtig wie 1997.

Landesbildungskonferenz 2017: „Zukunft ohne Arbeit?“

Die SPÖ Landesbildungskonferenz widmete sich den Herausforderungen von Digitalisierung und Automatisierung in der Arbeitswelt.

Nach dem statutarischen Teil nahmen an der Diskussion, die von OÖN-Redakteur Markus Staudinger moderiert wurde, neben der Landespartei-vorsitzenden der SPÖ Oberösterreich,

Birgit Gerstorfer, Univ.-Prof. Dr. Jörg Flecker, Professor für Allgemeine Soziologie an der Universität Wien, und der künstlerische Leiter des Ars Electronica Center Linz, Ing. Gerfried Stocker, teil.

Ein Interview mit Jörg Flecker ist auf <https://www.spoee.at/2017/04/04/zukunft-ohne-arbeit/nachzulesen>.



Bernd Dobesberger brachte einen Input über die politische Relevanz historischer Jahrestage. Bei der Neuwahl des Landesbildungsausschusses wurde er mit 97,8 % der Stimmen erneut zum Landesbildungsvorsitzenden gewählt.



Das Kampagnenthema „Arbeit“ ist LRin Birgit Gerstorfer ein besonderes Anliegen.



Prof. Jörg Flecker, Landespartei-vorsitzende Birgit Gerstorfer und der künstlerische Leiter des AEC, Gerfried Stocker diskutierten unter Leitung von OÖN Redakteur Markus Staudinger über das Thema „Zukunft ohne Arbeit?“.



Landesbildungssekretärin Annemarie Obermüller stellte die Aktivitäten der Landesbildungsorganisation dar.



Die Linzer Bezirksbildungsvorsitzende Manuela Hiesmair führte durch das Programm der Konferenz.



Das Team des Landesbildungssekretariats organisierte eine inhaltlich hochstehende Konferenz mit interessanten Gästen.



Die Band Village Air untermalte die Konferenz musikalisch und trug damit zu einer entspannten und aufnahmefähigen Stimmung bei.



Die LBA-Mitglieder wurden einstimmig bzw. mit überwältigender Mehrheit gewählt.

Fotos: Alexander Schwarz

Renner Institut OÖ

Denkwerkstatt

Zum ersten Mal fand im heurigen Frühjahr die Denkwerkstatt der SPÖ Oberösterreich statt. Die Denkwerkstatt versteht sich als eine Art von „Landesparteischule“ und setzt sich mit Kernthemen der Sozialdemokratie (Geschichte und Gesellschaft, Wirtschaft, sozialer Zusammenhalt und politische Kommunikation) auf höchstem Niveau auseinander. Michael Rosacker, Markus Marterbauer (er konzipierte die DeWe mit), Jakob Kapeller, Gerti Jahn und Barbara Blaha waren die prominenten wie kompetenten Input-GeberInnen. Die Rückmeldungen der TeilnehmerInnen waren äußerst positiv. Die Beschäftigung mit wichtigen politischen Fragen an vier Samstagen bot nicht nur viele neue Impulse sondern viel mehr auch die Möglichkeit zur Diskussion und Austausch.

Landesbildungsvorsitzender Bernd Dobesberger ist mit dem Verlauf der Denkwerkstatt sehr zufrieden: „Künftig soll die Denkwerkstatt alternativ zur Frühlingswerkstatt alle zwei Jahre abgehalten werden und die inhaltliche Kompetenz der politisch Tätigen kontinuierlich erhöhen.“

Renner Institut OÖ

Parlament und historische Wiener Plätze

Die Sonne strahlte vom Himmel als sich die 46 Oberösterreichinnen und Oberösterreicher am 17. Mai 2017 auf den Weg nach Wien machten. Der Steyrer Nationalratsabgeordnete Markus Vogl hatte die Gruppe des Renner Institutes OÖ eingeladen, das Parlament (noch vor der Restaurierung) zu besichtigen, mit den oberösterreichischen SPÖ-Abgeordneten zu diskutieren und an einer Plenarsitzung auf der Galerie teilzunehmen. Die Eindrücke waren vielfältig und durchaus dazu geeignet, die Motivation für den Nationalratswahlkampf zu stärken. Am Nachmittag besuchten die TeilnehmerInnen bei einem Rundgang historische und antifaschistische Denkmäler und Plätze in der Wiener Innenstadt.

SPÖ Frühlings-Info

Was ist würdige Arbeit?

Die aktuelle Kampagne der SPÖ Oberösterreich stellt die Frage, welche Arbeit tatsächlich menschenwürdig ist. Um sich diesem Thema philosophisch zu nähern, lud die Landesbildungsorganisation Sepp Wall-Strasser, Bereichsleiter für Bildung und Zukunftsfragen im ÖGB OÖ, ein. Wall-Strasser stellte die sinngebende Dimension von Arbeit dar, wie Arbeit und Demokratie zusammenhängen und wie umfangreich eine Auseinandersetzung mit dem Thema Arbeitszeitverkürzung wäre.



Markus Marterbauer (knieend rechts) und Jakob Kapeller (knieend links) brachten die Köpfe der TeilnehmerInnen beim Thema Wirtschaft zum Rauchen.



Politische Kommunikation kann Spaß machen – wie diese Arbeitsgruppe im Workshop von Barbara Blaha beweist.



Einen spannenden und interessanten Tag verbrachten knapp 50 oberösterreichische SPÖ-FunktionärInnen in Wien.



Reden wir über würdige Arbeit! Sepp Wall-Strasser referierte bei einer SPÖ-Frühlings-Info über „gute Arbeit“.

SPÖ Landesfrauenorganisation OÖ, Renner Institut OÖ

NEU! Frauenwerkstatt OÖ



Aktive, junge Gemeinderätinnen bestmöglich zu unterstützen und interessierte Frauen für die politische Arbeit zu gewinnen, ist das Ziel der Frauen Werkstatt OÖ, die heuer im Herbst erstmals startet. Die SPÖ Frauen OÖ haben in Zusammenarbeit mit den Renner Institut

OÖ vier eintägige Module entwickelt, die jeweils an Samstagen im AK-Bildungshaus Jägermayrhof stattfinden. „Gemeinsam stark und selbstbewusst“ ist der Titel des 1. Moduls am 16. September. Weitere Inhalte: „Die Geschichte der Frauenbewegung“, „Kommunale Arbeit“ und „Mut zur Stimme!“. 15 Frauen aus den oö. Bezirken können teilnehmen. Nähere Infos im SPÖ Frauenbüro unter 0664/2597047 oder per Mail an monika.rainer@spoe.at. Die Kosten pro Teilnehmerin betragen 150 €.

Junge Generation Oberösterreich

„Mehr Zeit für dich!“

Die Junge Generation in der SPÖ setzt mit ihrer bundesweiten Kampagne „Mehr Zeit für dich!“ eine Offensive gegen Jobs wie im Hamsterrad, prekäre Arbeitsverhältnisse sowie für eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. ArbeitnehmerInnen müssen immer mehr leisten: Überstunden, 24/7 Erreichbarkeit, E-Mails am Wochenende, Personaleinsparungen zu Lasten der KollegInnen sind nur einige Beispiele aus der Realität – Krankheit, Überlastung, Unzufriedenheit oder wenig bis gar keine Freizeit oft die traurigen Folgen.

„Kaum wo in Europa wird so viel gearbeitet wie in unserem Land. JedeR vierte ArbeitnehmerIn in Österreich steuert auf ein Burnout zu und fühlt sich durch die Arbeit gesundheitsschädigend gestresst. Hier müssen wir endlich einen Riegel vorschieben! Finanzielle Gewinne von Großunternehmen dürfen nicht am Rücken von den ArbeitnehmerInnen lukriert werden. Eine bessere Verteilung der Arbeit und kürzere Arbeitszeiten entlasten das Gesundheitssystem sowie die Arbeitenden selbst und würde die Vereinbarkeit von Familie, Job und Freizeit besser ermöglichen.“, zeigen sich Katharina Kucharowits (Bundesvorsitzende der JG) und Eva-Maria Holzleitner (Landesvorsitzende der JG OÖ) einig.



„Mehr Zeit für dich!“ – dafür ist auch die Junge Generation Oberösterreich mit ihrer Landesvorsitzenden Eva-Maria Holzleitner.

Sozialistische Jugend OÖ

SJ startet Kampagne zu Arbeitszeitverkürzung

„Vollerwerbstätige in Österreich arbeiten im EU-Vergleich am zweitlängsten, nämlich ganze 43 Stunden. Unzählige Studien haben schon gezeigt, dass eine derartige Arbeitsbelastung nicht gesund ist und Erkrankungen wie Burnout stetig zunehmen“, so Fiona Kaiser, Landesvorsitzende der SJ.

Die SJ sieht die Lösung in einer Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – bei gleichem Lohn und Gehalt natürlich. Seit der letzten Arbeitszeitverkürzung ist die Produktivität um ca. 30 % gestiegen, während die Löhne und Gehälter gleichgeblieben oder sogar gesunken sind. Arbeitszeitverkürzung würde mehr Gerechtigkeit schaffen und auch die lohnabhängige Bevölkerung an Produktivitätszuwächsen beteiligen. Außerdem kann dadurch auch die Arbeitslosigkeit bekämpft werden.



Da bau ich drauf.

„Den ganzen Tag bin ich am Bau, um Häuser für andere entstehen zu lassen.
Woran ich dabei oft denke?
Mir selbst bald ein Einfamilienhaus bauen zu können.“

Die SPARDA-BANK wird mir dabei helfen - mit einem Wohnbaukredit nach Maß, einer kompetenten Förderungsberatung und entsprechender Versicherung.“

Hans F., Bauleiter

**Gut gefördert,
gut beraten!**

SPARDA BANK

www.sparda.at

DA FÜR DICH.



© Felicitas Moiem

WERNER GRUBER

WIE LANGE BRAUCHT ES BIS
EIN GEDANKE ENTSTEHT

**PHYSIKVORTRAG
DONNERSTAG, 21. SEPTEMBER**

BEGINN: 19:30 UHR

EINLASS: 19:00 UHR

VVK: 25€ | AK: 28€

TICKETS UNTER oeticket.com



CENTRAL



BLÖZINGER ERICH

**KABARETT
DONNERSTAG, 12. OKTOBER**

BEGINN: 20:00 UHR

EINLASS: 19:30 UHR

VVK: 21€ | AK: 24€



CENTRAL

TICKETS UNTER oeticket.com



© Otto Reiter